

Wahlaussage
zur Bundestagswahl 1983
der Freien Demokratischen Partei

„Freiheit braucht Mut“

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Freiburg am 29./30. Januar 1983)

**Freiheit
braucht Mut.**

**Unsere Wahl-
aussage.**

F.D.P.
Die Liberalen

WAHLAUSSAGE '83

**der Freien Demokratischen Partei
für die Bundestagswahlen
am 6. März 1983**

**Beschlossen auf dem a. o. Bundesparteitag
der Freien Demokratischen Partei
am 29./30. Januar 1983
in Freiburg**

I. Die liberalen Positionen

Liberales wollen Freiheit schaffen und erhalten. Sie haben die Grundrechte erkämpft und politische wie geistige Bevormundung überwunden.

Verteidigung der Freiheit

Grund- und Freiheitsrechte sind niemals ungefährdeter Besitz. Sie müssen ständig gesichert und vor Gefährdungen und Eingriffen geschützt werden. Sie sind in Gefahr, wenn es keine politische Kraft mehr gibt, die sie unter allen Umständen verteidigt. Die F.D.P. hat sich dieser Verantwortung in den ersten 30 Jahren der Bundesrepublik Deutschland stets gestellt und wird dieser Verpflichtung auch in Zukunft treu bleiben.

Seit der liberalen und bürgerlichen Revolution in Frankreich 1789 und in Deutschland 1848 lauten die Grundlagen liberaler politischer Zielsetzung unverändert: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. In der Abwägung zwischen diesen drei Grundwerten steht für den Liberalen die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen an erster Stelle. Gleichheit und Brüderlichkeit sind für den Liberalismus Mittel, um Freiheit zu verwirklichen. Dabei ist Freiheit für Liberale ohne die Bereitschaft des einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen, undenkbar.

Liberaler Grundwerte

Liberaler Politik wird sich nicht allein darauf beschränken, die drängenden Tagesprobleme anzupacken. Der politische Liberalismus hat sich bewährt und wird sich bewähren

- durch die Kraft, neue Entwicklungen früher als andere zu erkennen, Verkrustungen aufzubrechen, Veränderungen anzuregen und
- durch den Mut, die Bürger von der Notwendigkeit solcher Erneuerungen zu überzeugen.

Dabei ist die F.D.P. als eigenständige liberale Kraft der Mitte ein Gegengewicht gegen einen Konservatismus, der den Fortschritt hemmt, und einen Sozialismus, der Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung vernachlässigt. Von beiden ist die F.D.P. gleichweit entfernt. Deshalb trägt die F.D.P. für die Erneuerung der deutschen Politik eine besondere Verantwortung.

Kraft der Mitte

Zum einen ist der Liberalismus notwendigerweise eine Philosophie des Wandels, der Reform, zum anderen kann nur die F.D.P. die in der Veränderung notwendige Kontinuität sichern. Die Liberalen sind das Element des Ausgleichs und des Augenmaßes in unserem Parteiensystem. Sie verhindern Ausschläge ins Extreme und sorgen für Stabilität der demokratischen Entwicklung, indem sie – wenn notwendig – den demokratischen Wechsel ermöglichen.

Die Freien Demokraten verstehen sich als die politische Kraft, die zum Kampf um die Mitte zwingt. Ohne die F.D.P. würden der linke Flügel der SPD oder der rechte Flügel der CDU/CSU unheilvollen Einfluß auf die praktische Politik gewinnen. Die F.D.P. als Partei mit einem gesicherten und festen Standort in der Mitte des politischen Gesamtspektrums sorgt für die notwendige Beständigkeit und die notwendige Veränderungsfähigkeit unserer Ordnung gleichermaßen.

Wer die Idee von der persönlichen Freiheit als Gestaltungsprinzip der politischen Ordnung unter den heutigen Bedingungen realisieren will, muß sich den Problemen stellen, die moderne arbeitsteilige Industriegesellschaften im weltweiten Maßstab aufwerfen. Das urliberale Thema des Verhältnisses des einzelnen zum Staat gewinnt so eine neue Aktualität.

Die F.D.P. ist die liberale Partei in der Bundesrepublik Deutschland. In den Jahren nach dem Kriege hat die F.D.P. Entscheidendes beim Wiederaufbau des Staates geleistet. Unser freies und demokratisches Grundgesetz trägt liberale Handschrift. Die F.D.P. hat im Bund und in den Ländern – in unterschiedlichen Koalitionen – Freiheit, Recht und Liberalität geschützt. Sie hat zusammen mit der CDU/CSU die soziale Marktwirtschaft erstritten und die Europäische Einigung begonnen. Nach der Wiederaufbauphase, der Aussöhnung mit dem Westen und der Stabilisierung des Staatswesens hat sie nach 1969 mit der SPD Reformen für mehr Liberalität und mehr soziale Gerechtigkeit realisiert und Ausgleich und Entspannung gegenüber dem Osten herbeigeführt. Liberale Innenminister haben das gesamte Feld des Umweltschutzes aufgegriffen und die erste umfassende Umweltschutzgesetzgebung veranlaßt.

Die mit den Freiburger Thesen von 1971, den Kieler Thesen von 1977 und dem Wahlprogramm '80 der F.D.P. festgelegte Politik gilt unverändert. Sie bleibt Auftrag auch für die nächste Legislaturperiode.

In den 80er Jahren steht die deutsche Politik vor grundsätzlichen Herausforderungen:

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die dauerhafte Sicherung der finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme sind die wichtigsten Aufgaben.
- Die Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik muß Friedenspolitik bleiben. Die Europäische Union muß Wirklichkeit werden.
- Die Freiheitsrechte und Lebenschancen der Bürger sowie der Schutz und die Achtung von Minderheiten müssen gesichert und ausgebaut werden, soziale Gerechtigkeit gewahrt bleiben. Die vollständige Gleichberechtigung der Frau muß in allen Gesellschaftsbereichen verwirklicht werden.
- Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen muß verpflichtender Bestandteil jeder zukunftssichernden Politik sein.

II. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Nur wenn es uns gelingt, die Beschäftigungskrise zu überwinden, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und das soziale System in seiner Substanz zu erhalten, werden wir unsere wirtschaftliche Leistungskraft sichern und fortentwickeln.

Die F.D.P. bleibt Garant der sozialen Marktwirtschaft. Für Liberale ist sie am besten geeignet, die ökonomischen Bedürfnisse des einzelnen und der Gesellschaft auf zugleich freiheitliche und humane Weise zu befriedigen. In ihr kommt der mittelständischen Wirtschaft, den Selbständigen in Handel, Handwerk, Gewerbe und Freien Berufen ein besonders hoher Rang zu.

Die soziale Marktwirtschaft steht in einer Bewährungsprobe. Sie wird ihre Überlegenheit auch beim Kampf um die Überwindung der Beschäftigungskrise beweisen. Der Staat muß dazu beitragen, indem er eine verlässliche und stetige Wirtschaftspolitik betreibt, die die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert und zu Innovationen anreizt.

Die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes Land wird ihre wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Probleme

Herausforderungen der 80er Jahre

Garant der sozialen Marktwirtschaft

Geschichtliche Leistungen

nicht alleine lösen können. Die Lösung der Beschäftigungskrise ist kein mit nationalen Mitteln allein erreichbares Ziel. Vielmehr muß die Bundesrepublik Deutschland in ihrem eigenen Interesse mit dazu beitragen, daß die wirtschafts- und finanzpolitischen Beziehungen auf der ganzen Welt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Vermehrung von Wohlstand und Wachstum führen.

Wir müssen durch eine nüchterne, praktische und mutige Politik wieder Zukunftsperspektiven deutlich machen.

Für die liberale Politik der nächsten Zeit gilt heute:

Konsolidierung der Haushalte

1. Die Staatsverschuldung muß begrenzt werden. Die Entwicklungschancen der jüngeren Generation dürfen nicht durch ein Übermaß an Schulden nachhaltig belastet werden. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfordert, daß die Ausgaben dauerhaft langsamer steigen als die Einnahmen. Nur so kann die Netto-Neuverschuldung zurückgeführt werden; nur so kann gleichzeitig der Prozeß der Zinssenkung auch durch die Haushaltspolitik unterstützt werden. Die Konsolidierung ist kein Selbstzweck. Der Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben muß in Abstimmung mit der gesamtwirtschaftlichen Lage erfolgen.

Private Investitionen

2. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist zu niedrig. Vor allem private Investoren und Menschen, die sich beruflich selbständig machen wollen, müssen ermutigt werden. Eine Erhöhung der Rentabilität privater Investitionen muß durch eine Mäßigung der Abgabenlast erreicht werden. Besondere Verantwortung haben die Tarifpartner.

Vermögenspolitik

3. Wenn es gelingen soll, den Anteil der Investitionen zu Lasten des Konsums zu vergrößern, so bedarf dies – auch um des sozialen Konsenses willen – der Ergänzung durch eine gezielte Vermögenspolitik. Die Arbeitnehmer müssen verstärkt am Produktivvermögen beteiligt werden. Durch Beteiligung einer wachsenden Zahl von Menschen am Zuwachs des Produktivkapitals wird einer Vermögenskonzentration vorgebeugt. Wir fordern eine aktive Vermögensbildungspolitik mit dem Ziel, die Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer am Risikokapital ihres Unternehmens zu verbessern. Wir setzen uns für eine Tarif- und Steuerpolitik ein, die zu einer breiteren Vermögensbildung im Betrieb führt.

4. Die erforderliche Umschichtung von einer konsumtiven hin zu einer stärker investiven Verwendung des Sozialprodukts muß auch für die öffentlichen Haushalte gelten. Mit einer Verstärkung der Investitionen und Investitionsanreize, z.B. für den Wohnungsbau, für eine rationelle Energienutzung, zugunsten des Umweltschutzes und zum Ausbau neuer Kommunikationstechniken, leistet der Staat zugleich einen Beitrag zu einem auch sozial und ökologisch verantwortbaren Wachstum. Öffentliche Investitionen sind in jedem Fall kritisch mit Blick auf die Folgekosten zu überprüfen.

*Sozialprodukt
umschichten*

5. Für den Erfolg eines solchen Umschichtungsprozesses ist es erforderlich, die öffentlichen Konsumausgaben einzuschränken, Subventionen zu vermindern und die gegenwärtig unaufhaltsam scheinende Kostensteigerung bei Leistungsgesetzen zu bremsen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Kosten des öffentlichen Dienstes durch langfristig wirksame Strukturreformen begrenzt werden.

*Öffentlichen Konsum
einschränken*

6. Auch die Steuerpolitik muß dazu beitragen, Investitionen und Arbeitsleistungen gegenüber Konsumausgaben attraktiver zu machen und die Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu verbessern.

*Leistung muß sich
lohlen*

Die F.D.P. wird in der nächsten Legislaturperiode – soweit es die Haushaltslage erlaubt – für folgende steuerlichen Verbesserungen eintreten:

- Abbau ertragsunabhängiger Steuern durch Erleichterungen bei der Vermögensteuer und weitere Schritte zum Abbau der Gewerbesteuer bei gleichzeitigem Ausgleich für die Gemeinden unter Wahrung ihrer Finanzautonomie.
- Senkung der Einkommensteuerlast durch eine umfassende Tarifreform mit Abflachung des steilen mittleren Progressionsbereichs. Mehrleistung muß attraktiv bleiben.
- Einführung eines Selbständigen-Vorwegabzugs für die Krankheitsvorsorge.
- Ausdehnung der Möglichkeiten zum steuerlichen Ausgleich von Verlusten durch Anhebung der Verlustgrenze für den Verlustrücktrag von 5 auf 10 Mio. DM und gleichzeitige Erweiterung der Frist für den Verlustvortrag von 5 auf 7 Jahren.

7. Liberale Wirtschaftspolitik mißt der Vielzahl von leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen für die Bewältigung der Beschäftigungsprobleme und des strukturellen Anpassungsbedarfs eine besondere Rolle zu.

Wir Liberalen wissen, eine Gesellschaft ist umso freiheitlicher, gerechter, sozialer und umso humaner, je vielfältiger sie ist, je unabhängiger die Entscheidungszentren sind, je mehr Mittel- und Kleinbetriebe und je mehr selbständige Existenzen in Handwerk, Handel und in den Freien Berufen es gibt. Die Erhaltung und Förderung mittelständischer Unternehmensstrukturen sichert die dezentrale Entscheidungsstruktur und die Flexibilität der Volkswirtschaft. Wettbewerb wird funktionsfähig erhalten, wenn die Chancengleichheit der Unternehmen gewährleistet ist. Wettbewerb erfordert deshalb Begrenzung der Marktmacht von Unternehmen. Auf Initiative der F.D.P. wurden die Wettbewerbsgesetze entschieden verbessert. Sie sind, insbesondere im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen, noch konsequenter anzuwenden.

Existenzgründungen sind verstärkt zu fördern.

Durch Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen auf private Unternehmen und die Freien Berufe können durch wirtschaftliche Betätigung des Staates entstandene Wettbewerbsbeeinträchtigungen abgebaut und neue produktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch werden in Zukunft weitere Maßnahmen zur Einschränkung von Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst erforderlich sein.

Bürokratische Verfahren der Wirtschaftsförderung begünstigen die Großen zu Lasten der Kleinen. Deshalb sind diese Instrumente weiter zu entbürokratisieren und gezielt für die kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen.

8. Landwirtschaft ist kein isolierter Wirtschaftszweig. Bei allen Maßnahmen im Agrarbereich muß die Eigenverantwortlichkeit und freie Entscheidung der Landwirte und der Verbraucher gewährleistet werden. Leitbild bleibt der bäuerliche Familienbetrieb, dessen wirtschaftliche Grundlagen gesichert bleiben müssen.

Übertriebenen Konzentrationstendenzen, vor allem im Veredelungsbereich, muß mit Maßnahmen der Steuerpolitik, des Tier-

schutzes, des Umwelt- und Naturschutzes und gegebenenfalls durch Höchstbestandsgrenzen entgegengewirkt werden. Zur Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe ist das Boden- und Pachtrecht zu novellieren.

Ziel der Markt- und Preispolitik in der Europäischen Gemeinschaft muß die schrittweise Wiederherstellung des Marktgleichgewichts sein.

Die notwendigen staatlichen Sozialleistungen zugunsten der Landwirtschaft müssen an die Einkommenssituation der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe angepaßt werden.

Alternative Formen der Landbewirtschaftung sollen im System der agrarpolitischen Förderung auch in Zukunft gleiche Chancen behalten. Die Produktion nachwachsender Rohstoffe ist zu fördern.

9. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind begrenzt. Deshalb ist im Zusammenhang mit der ungünstigen demografischen Entwicklung mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen, wenn es nicht gelingt, neue Lösungen für mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Hauptsächliche Lösungsansätze müssen neue arbeitsplatzschaffende Investitionen und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sein. Hinzukommen müssen flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktchancen. Eingliederungshemmnisse müssen beseitigt, eine Liberalisierung der Arbeitszeit muß in Angriff genommen werden.

Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung müssen freiwillig, rücknehmbar und gesamtwirtschaftlich kostenneutral sein.

Wir vertrauen darauf, daß die Tarifpartner Wege zur Arbeitszeitverkürzung vereinbaren können, die den Produktivitätsfortschritt Zug um Zug auch für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auszunutzen verstehen.

Insbesondere den verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit, gerade im öffentlichen Dienst, und einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit (flexible Altersgrenze, Kombination von Teilzeitarbeit und Teilzeitrente) kommt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit große Bedeutung zu. Dies liegt – mit Ausnahme der gesetzlichen Altersgrenzen – in der Verantwortung der Tarifpartner.

10. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen den dauerhaft veränderten Rahmenbedingungen angepaßt werden. Längerfristig sind wirksame Strukturreformen erforderlich, wenn ständig neue gesetzgeberische Eingriffe vermieden werden sollen. Es geht nicht um einen Abbau der sozialen Sicherheit, sondern um einen Umbau des Systems, der es auch in Zukunft finanzierbar erhält. Gleichzeitig wird angestrebt, unmittelbare Eigenleistung und Solidarleistung in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu setzen. Nötig ist eine Reform des Systems, die Abhängigkeiten abbaut und mehr Freiheit durch individuelle Entscheidungs- und Verhaltensalternativen schafft. Deshalb

- darf die bevorstehende Reform der Alterssicherungssysteme nicht ein bloßes Kürzen von Leistungen bedeuten. Vielmehr ist es notwendig, die liberalen Gedanken zur Alterssicherung, die – wie im Mischnick-Plan von 1961 und in den Thesen der F.D.P. zur Alterssicherung von 1979 – eine Kombination von Solidargemeinschaft und Selbstverantwortung vorsehen, in den politischen Entscheidungsprozeß einzubringen
- sind im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung die Elemente des Wettbewerbs, der Selbstbeteiligung, der Wahlfreiheit und der Kostentransparenz zu verstärken
- soll das System der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer von der arbeitsrechtlichen zur versicherungsrechtlichen Lösung hin verändert werden
- soll der Begriff der Teilarbeitsfähigkeit in die Reichsversicherungsordnung (RVO) und in das Rehabilitations-Angleichungsgesetz eingeführt werden.

Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um den Einfluß des Staates im System der sozialen Sicherung zurückzudrängen, insbesondere muß der Staat davon abkommen, jedes und alles zu planen und flächendeckend festlegen zu wollen. Gleichzeitig hat eine Neuorientierung der Planungs- und Finanzierungsfrage zu erfolgen.

11. Durch nicht aufeinander abgestimmte Einkommens- und Berechtigungsgrenzen bei den einzelnen staatlichen Leistungen entstehen häufig Ungerechtigkeiten. Diese sind weiter abzubauen. Die Verteilungswirkungen des Systems staatlicher Transferzahlungen und der Steuern müssen zusammen gesehen werden.

Transferleistungen sind soweit wie möglich von den Finanzämtern zu verwalten und gegen fällige Steuern zu verrechnen. Überstei-

gen die Transferleistungen die Steuerschuld, sind sie insoweit auszahlbar. Dadurch können Leistungen besser aufeinander abgestimmt, Verwaltungsarbeit eingespart und die Nachweis-schwierigkeiten vermindert werden.

12. Wohnungsversorgung und Miethöhe werden besonders in Ballungsgebieten und Großstädten auch zukünftig eine große politische Bedeutung besitzen. Die Liberalen wollen auch in diesem Wirtschaftszweig durch Eigenverantwortung und soziale Absicherung einen allmählichen und schrittweisen Übergang zur sozialen Marktwirtschaft erreichen. Dabei sind auch in bisher unterversorgten Teilmärkten Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen.

Wohnungsbau

Grundsätzlich bleibt jeder Bürger für seine Wohnungsversorgung selbst verantwortlich und muß dafür einen marktgerechten Preis entrichten. Durch eine verbesserte Wohnungssozialpolitik (Wohngeld gleich Subjektförderung) soll erreicht werden, daß die Kosten einer angemessenen Wohnung die zumutbare Belastung des Haushaltseinkommens nicht überschreiten.

13. Die Konsolidierungsmaßnahmen erfordern Beiträge von allen Bürgern. Dabei streben wir soziale Ausgewogenheit an. Es darf jedoch nicht übersehen werden: Eine hohe Arbeitslosigkeit bedeutet die schlimmste soziale Unausgewogenheit.

Sozial ausgewogen

14. Weil Arbeitslosigkeit nicht als selbstverschuldetes oder gar gewolltes Unglück behandelt werden kann, muß es in einer sozialen Gesellschaft Solidarität geben zwischen denjenigen, die einen Arbeitsplatz haben und denjenigen, die einen suchen. Die Tarifparteien tragen eine hohe Verantwortung. Für möglich halten wir – entsprechend den Vorschlägen der Evangelischen Kirche – ein verstärktes Angebot von Formen der Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing), eine regional und sektoral differenzierende Tarifpolitik und Lohnverzicht zugunsten betriebs- und unternehmensinterner Maßnahmen, die zu mehr Ausbildung oder Beschäftigung führen.

Solidarität mit den Arbeitslosen

Die F.D.P. sieht im Abbau der Jugendarbeitslosigkeit eines ihrer vordringlichsten politischen Ziele. Die Gesellschaft droht Schaden zu nehmen, wenn junge Menschen dadurch enttäuscht werden, daß sie dauerhaft keinen Arbeitsplatz finden. Um den

Jugendarbeitslosigkeit

Jugendlichen aus den geburtenstärkeren Jahrgängen den gewünschten Start ins Berufsleben zu ermöglichen, appelliert die F.D.P. an alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, auch in Zukunft die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen.

Soweit Kleinbetriebe in Folge der allgemein fortschreitenden Spezialisierung auf sich allein gestellt eine vollständige Ausbildung nicht mehr anbieten können, soll das Modell eines örtlichen Ausbildungsverbundes zwischen mehreren Betrieben im dualen System gefördert werden.

Die Berufsaussichten von Jugendlichen steigen insbesondere auch durch eine Verbesserung der beruflichen Ausbildung in Schule und Betrieb. Notwendige Schritte hierzu sind:

- die stufenweise Einführung eines 10. Pflichtschuljahres mit berufsorientierenden und praktischen Lehrinhalten;
- gezielte Bildungshilfen, um die berufliche Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher und junger Ausländer zu erleichtern.

Abzubauen sind ausbildungshemmende Vorschriften im Jugend- und Frauenarbeitsschutz sowie im Schwerbehindertenrecht (indem zum Beispiel die Zahl der Auszubildenden bei der Berechnung der Pflichtplätze für Schwerbehinderte ausgeklammert wird). Aber auch die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Hemmnisse für die Ausbildung von Mädchen in technisch-gewerblichen Berufen müssen beseitigt werden.

15. Weil Mitbestimmung nach liberaler Auffassung ein Weg zur Verminderung von Abhängigkeiten in der Industriegesellschaft ist, hat sie auch im Prozeß des Strukturwandels eine unverzichtbare Funktion. Ein weiterer Ausbau der Mitbestimmung als Recht des einzelnen und nicht als Ausbau der Macht von Organisationen ist erforderlich. Folgende Ergänzungen der jetzigen Mitbestimmungsregelungen sind notwendig:

- die Ausweitung der Individualrechte des Arbeitnehmers in der Betriebsverfassung bei der Durchsetzung berechtigter Interessen und im Persönlichkeitsschutz;
- die Entwicklung einer neuen Mitbestimmungsebene: die Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch Bildung von Arbeitsgruppen mit Mitbestimmungskompetenzen und Mitwirkungsrechten sowie die gesetzliche Absicherung der Sprecherausschüsse von Leitenden Angestellten;

- die Sicherung von Minderheitsrechten in der Betriebsratsarbeit und bei Wahlen;
- die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung in Betrieben, die einen Wirtschaftsausschuß bilden, auf die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren;
- die weitere Demokratisierung beim Wahlverfahren der Montanmitbestimmung; sie kann nur im Rahmen der geltenden Anwendungsvoraussetzungen beibehalten werden.

16. Verkehrspolitik berührt die Lebenssphäre jedes einzelnen Bürgers unmittelbar. Deshalb ist liberale Verkehrspolitik dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht interessengebunden. Sie gewährleistet grundsätzlich die freie Wahl aller Verkehrsmittel. Der Ausbau der Verkehrswege hat in der Bundesrepublik einen hohen Stand erreicht. Jetzt geht es vor allem darum, diese weltweit beispielhafte Infrastruktur zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln. Wobei der Bürger einen Anspruch darauf hat, vor Entscheidungen über Verkehrswege von Anfang an umfassend – auch über Alternativen – informiert zu werden und seine Anregungen gehört werden. Die F.D.P. will den öffentlichen Verkehr verbessern.

Verkehr und Umwelt

Ein bedarfsgerechtes und kostengünstiges Verkehrsangebot, insbesondere im ländlichen Raum ist dringend geboten.

Wir lehnen dirigistische Verkehrsmaßnahmen jedoch nach wie vor ab, wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes eindeutig im Vordergrund.

Das bedeutet vor allem:

- die Verkehrssicherheit zu erhöhen (in reinen Wohngebieten 30 km/h),
- mehr Ortsumgehungen und Radwege zu bauen und
- höhengleiche Bahnübergänge zu beseitigen.

Die F.D.P. wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine bessere Umwelt in Bund, Ländern und Gemeinden voll nutzen.

Mitbestimmung

III. Friedenspolitik

F.D.P. stellte Weichen

Liberale haben schon in den fünfziger und sechziger Jahren die Grundlagen für eine zukunftsweisende Außen-, Europa-, Deutschland- und Ostpolitik entwickelt.

Zusammen mit der CDU/CSU hat die F.D.P. die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien, die Europäische Gemeinschaft und das westliche Verteidigungsbündnis geführt und sie dort verankert. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat die F.D.P. ein geschlossenes Konzept der Entspannung und der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn entwickelt, das in der Koalition aus F.D.P. und SPD konsequent umgesetzt werden konnte. Es gibt allen Grund, die Politik der Außenminister Scheel und Genscher fortzusetzen. Weil der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West den Frieden gefährdet, dagegen konsequente Entspannungspolitik ihn sicherer macht, wird die F.D.P. alles daran setzen, daß die achtziger Jahre zu einem Jahrzehnt der Abrüstung werden.

Der Frieden ist die unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde. Für Liberale ist Friedenspolitik grundsätzlich Konfliktlösung in gewaltfreier Auseinandersetzung. Frieden setzt die Bereitschaft zur Verständigung voraus und die Toleranz, andere Lebensformen gelten zu lassen und mit Staaten anderer Gesellschaftssysteme Beziehungen zu pflegen.

Elemente liberaler Friedenspolitik

Das Ziel der Europäischen Union, die feste Verankerung im westlichen Bündnis, der Wille zur Rüstungskontrolle, Abrüstung, Zusammenarbeit und Entspannung und die Unterstützung echter Blockfreiheit für die Länder der Dritten Welt sind wesentliche Elemente liberaler Friedenspolitik. Deutschlandpolitik verstehen wir als europäische Friedenspolitik. Weil nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen darf, weil die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa tragen, haben die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR für uns einen besonderen Rang. Sie sollen den Menschen im geteilten Land dienen, den Zusammenhalt der Nation fördern und die Ost-West-Beziehungen vorteilhaft beeinflussen.

Friedensordnung

Sicherheit kann sich nicht allein auf Verteidigung und Abschreckung gründen, sie muß durch eine Politik der Friedenssicherung durch Vertrauensbildung, Rüstungskontrollvereinbarungen und

ausgewogene und kontrollierte Abrüstung gefestigt werden. Unser Ziel ist es, vom Nichtkrieg durch Abschreckung zu einem Frieden durch Vertrauen zu kommen. Wir wollen eine europäische Friedensordnung.

Wir fordern ernsthafte Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung. Weil Liberale jedes ernsthafte Engagement für den Frieden unterstützen, treten wir – auch wenn es unterschiedliche Ziele und Bewertungen in Einzelfragen gibt – für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein. Die aktive Arbeit für den Frieden darf nicht diffamiert werden. Wir treten für eine offene und öffentliche Diskussion über alle Fragen unserer Sicherheit und unserer Verteidigung ein.

Dies erfordert vor allem eine aktive Friedenserziehung an unseren Schulen und eine weitere Finanzierung der Friedens- und Konfliktforschung.

Das enge Bündnis mit unseren europäischen und nordamerikanischen Partnern soll den Frieden in Europa langfristig durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise gesamteuropäische Sicherheitsvereinbarungen im Rahmen der KSZE bei ausgewogenen Abrüstungsmaßnahmen und schließlich durch eine dauerhafte Friedensordnung sichern. Das bedeutet für unsere zukünftige Politik:

1. Beiderseitiger Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen als Ergebnis einer Vereinbarung zwischen USA und Sowjetunion. Auf USA und Sowjet-Union soll eingewirkt werden, zügig, ernsthaft und mit der Bereitschaft zu Teilkompromissen zu verhandeln. Die F.D.P. wird den konkreten Nachrüstungsbedarf auf einem Bundesparteitag im Lichte der bis dahin erreichten konkreten Verhandlungsergebnisse prüfen, wie das im NATO-Doppelbeschluß vorgesehen ist; und sie fordert die sofortige Bekanntgabe möglicher Stationierungsorte.

2. Verzicht auf die Stationierung von Neutronenwaffen in Ost und West.

3. Baldige Ratifizierung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes von biologischen Waffen durch alle Staaten.

Friedensbewegung

Friedenserziehung

Bündnis und Friedensordnung

NATO-Doppelbeschluß

Gegen ABC-Waffen

4. Ein weltweites Abkommen zur Ächtung der Entwicklung, der Produktion und der Lagerung von chemischen Kampfstoffen.

Abbau konventioneller Waffen

5. Abschluß einer MBFR-Vereinbarung; Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE); Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau in ganz Europa und danach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Europa. Langfristiges Ziel der Friedenspolitik muß die weltweite Abschaffung und Ächtung aller Kriegswaffen sein.

Begrenzung des Rüstungsexports

6. Kriegswaffenexporte nur an Bündnispartner, ihnen gleichgestellte Staaten oder andere Länder unter Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und der Kabinettsrichtlinien. Umgehungsmöglichkeiten sind auszuschalten.

Bundeswehr

7. Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst. Der rein defensive Charakter der Bundeswehr entspricht Artikel 26 GG. Strategie, Bewaffnung und Struktur der Streitkräfte sind auch in Zukunft daran zu orientieren.

Vertrauensbildung

8. Schritte, die zu mehr gegenseitigem Verständnis, zum Abbau von Mißtrauen und zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West führen können, wie der Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen und wie eine europäische Energiekonferenz im KSZE-Rahmen, ebenso wie regelmäßige Treffen von Ministern und Experten im KSZE-Rahmen als ständiger gesamteuropäischer Dialog. Dazu zählt insbesondere eine Europäische Wirtschaftskonferenz, die zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, vor allem zwischen den Mitgliedsländern der EG und den Ländern des Comecon, führen soll.

Innerdeutsche Beziehungen

9. Fortsetzung der Vertragspolitik mit der DDR. Dazu zählt auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine Vereinbarung über regelmäßige Konsultationen auch auf höchster Ebene zwischen Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird vorgeschlagen.

Europäische Union

10. Ausbau der europäischen Zusammenarbeit

- durch eine europäische Verfassung und
- zu einer Europäischen Union mit einer eigenen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die auch weiterhin auf die Atlantische Allianz abgestützt bleibt.

Als konkrete Schritte auf dieses Ziel hin fordert die F.D.P. unter anderem die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments in Fragen

- des Haushaltsrechts,
- der Vertragsänderungen,
- der Beitrittsverträge,
- der Abkommen mit Drittländern,
- der innergemeinschaftlichen Rechtsetzung,
- der Einsetzung der Kommission sowie
- als Dialogpartner von Kommission, Rat und Regierungen.

Weiterhin fordert die F.D.P.

- die Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung im Ministerrat als Regelfall,
- die Bewahrung und den Ausbau des freien Warenverkehrs im Gemeinsamen Markt und
- die Herstellung der Freizügigkeit der europäischen Bürger durch zügigen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft, notfalls durch einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf solche Personenkontrollen.

11. Eine internationale Vereinbarung zur Beschränkung des Handels mit Rüstungsgütern, u. a. mit der Einführung eines Registers über grenzüberschreitenden staatlichen und privaten Rüstungshandel bei den Vereinten Nationen, ist anzustreben.

Kontrolle des Waffenhandels

12. Weltweite Einhaltung des umfassenden Gewaltverzichtsgebotes, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in der KSZE-Schlußakte von Helsinki verankert ist.

Weltweiter Gewaltverzicht

13. Verringerung des Abstands zwischen Industrie und Entwicklungsländern, der sich trotz dreier Jahrzehnte Entwicklungshilfe vergrößert hat. Die weltweit steigenden Rüstungsausgaben verringern die Fähigkeit der Völker, die großen Probleme der friedlichen Entwicklung zu lösen. Der Bericht „Global 2000“ hat die vor uns liegenden Entwicklungen eindringlich geschildert, die drohen, wenn die Politik sich nicht ändert. Die F.D.P. nimmt diesen Bericht ernst und stellt sich den aufgezeigten Problemen. Nicht zuletzt im Interesse unseres eigenen Überlebens muß ein zunehmender Anteil unserer Entwicklungshilfe in Aufforstungs- und Erosionsschutzvorhaben geleitet werden.

Global 2000

14. Zur Verbesserung der materiellen Grundlagen der Entwicklungsländer müssen wir unsere Anstrengungen vergrößern und die öffentliche Entwicklungshilfe auf die ärmsten Länder konzentrieren. Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen nicht Systeme der Unterdrückung stabilisieren. Sie müssen den Menschen unmittelbar zugute kommen. Systeme der Unterdrückung, die wir politisch ablehnen, dürfen uns nicht davon abhalten, humanitäre Hilfe zu leisten und bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse zu helfen. Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen nicht von politischem Wohlverhalten der Empfängerländer abhängig gemacht werden. Die F.D.P. bleibt bei der Auffassung, daß zur Bewertung der Beziehungen zur Dritten Welt eine Übertragung des Ost-West-Konfliktes ungeeignet ist.

Angestrebt ist eine Stärkung der Unabhängigkeit der Dritten Welt durch wirtschaftliche Hilfe für Entwicklung in Richtung auf mehr soziale Gerechtigkeit und Verwirklichung der elementaren Menschenrechte. Soweit diese Politik durch die EG effizienter durchgeführt werden kann, soll sie auf europäische Ebene übertragen werden.

Die F.D.P. hält an dem internationalen Ziel fest, 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

15. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland soll die Volkswirtschaft in den Ländern der Dritten Welt in einer Weise fördern, daß die Grundbedürfnisse mit einfachen und mittleren Technologien zunehmend befriedigt werden können. Diese Entwicklung soll sich im Rahmen einer Weltwirtschaftsordnung vollziehen, die einerseits die Interessen aller Partner fair berücksichtigt und die Märkte offenhält und die andererseits Blockfreiheit nicht nur duldet, sondern begünstigt.

Eine Überprüfung der Instrumente unserer Entwicklungshilfepolitik ist notwendig. Der Nord-Süd-Dialog soll insgesamt zur Friedenssicherung beitragen.

IV. Gesellschafts-, Innen- und Rechtspolitik

Friedensfähigkeit nach außen erfordert Stabilität und Friedensbereitschaft im Innern.

Liberaler Innen- und Rechtspolitik sichert den Erhalt und den Ausbau der Freiheit. Grund- und Freiheitsrechte sind niemals gesicherter Besitz. Sie müssen gelebt und jederzeit vor Gefährdungen und Eingriffen geschützt werden. Liberale haben den Rechtsstaat in Deutschland erkämpft, Liberale sehen in der Garantie des Rechtsstaates das Herzstück jeder demokratischen Ordnung. Sicherheit und Freiheit des Bürgers müssen im freiheitlichen Rechtsstaat keine Gegensätze sein. Im Zweifel entscheiden sich die Liberalen für die Freiheit.

*Erhalt und Ausbau
der Freiheit*

Gerade bei der Bekämpfung extremistischer oder gar terroristischer Bestrebungen muß sich der freiheitliche Rechtsstaat bewähren. Die Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Ordnung ist mit strikt rechtsstaatlichen Mitteln zu führen, wenn unsere Freiheit nicht gefährdet werden soll. Das, was wir schützen wollen, darf nicht durch Art und Weise der Schutzmaßnahmen infrage gestellt werden, sonst würde unsere Freiheit Stück für Stück weniger schützenswert.

*Anwendung strikt
rechtsstaatlicher Mittel*

Konflikte zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen sind so auszutragen, daß dabei die individuellen Grundrechte keinen Schaden nehmen und die sozialen Grundrechte verwirklicht werden können. Dies bedeutet für Liberale stets auch den Schutz der Rechte von Minderheiten.

*Schutz von
Minderheiten*

Dem liberalen Wunsch nach mehr Information, Beteiligung und Mitwirkung der Bürger steht eine immer mehr wachsende Bürokratie entgegen, die die Chance des einzelnen zur Wahrnehmung seiner Rechte und zur Selbstverwirklichung zusehends einschränkt. Abbau der Bürokratie im Staat und in der Gesellschaft ist deshalb ein dringendes Ziel der F.D.P. für die achtziger Jahre und die Voraussetzung dafür, daß der einzelne wirklich mündiger Bürger sein und bleiben kann.

Abbau der Bürokratie

Zum Konzept der F.D.P. gehören:

- jedes neue Gesetz und jede Novellierung sorgfältig auf dessen Notwendigkeit und die darin enthaltenen administrativen Belastungen für den Bürger kritisch zu überprüfen und auf jede entbehrliche Rechtssetzung sowohl im nationalen wie im EG-Bereich zu verzichten

- zu prüfen, ob Verwaltungsvorschriften und Gesetze mit begrenzter Geltungsdauer erlassen und bestehende aufgehoben werden können
- weitere Initiativen zur Verfahrensvereinfachung und Beschleunigung zu ergreifen, soweit dadurch die Verantwortlichkeit und Bürgernähe nicht gemindert werden
- Rechtsvorschriften in eine dem Bürger verständliche Sprache zu bringen
- die Lesbarkeit und Verständlichkeit von Computerbescheiden sicherzustellen und die Verwendung von Schlüsselzeichen, Chiffren und Symbolen in solchen Bescheiden auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

*Ausländische
Mitbürger*

Die Bundesrepublik ist in der Praxis zum Einwanderungsland für diejenigen Ausländer geworden, die seit vielen Jahren bei uns leben und arbeiten. Die innere Freiheit unserer Gesellschaft muß sich auch im Verhältnis zu unseren ausländischen Mitbürgern und ihren Familien bewähren. Die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien sind Mitbürger. Die Ausländerpolitik ist kein Verschiebebahnhof unserer wirtschaftlichen Probleme.

*Wahlprogramm '80
weiter gültig*

Die Forderungen des Wahlprogrammes von 1980 zur Innen- und Rechtspolitik bleiben für die F.D.P. unverzichtbar. Besonders hervorzuheben sind die folgenden Punkte:

*Demonstrationsrecht
weiter schützen*

1. Wir werden die Grundrechte wahren; eine Einschränkung des Demonstrationsrechts z.B. über eine Verschärfung des Versammlungsrechts oder die Einführung einer Gebührenpflicht für Polizeieinsätze lehnen wir ab; ein allgemeines Vermummungsverbot ist angesichts der Rechtslage, die die gezielte Anordnung eines solchen Verbotes im Einzelfall bereits heute zuläßt, entbehrlich. Die Liberalen werden sich dafür einsetzen, daß politische Konsequenzen aus den Vorfällen im sogenannten „Nürnberger KOMM-Prozeß“ gezogen werden, die dem Ansehen unseres Rechtsstaates schweren Schaden zugefügt haben.

*Datenschutz
verbessern*

2. Der Datenschutz ist in den Grundrechtskatalog aufzunehmen. Der Schutz der Bürger vor dem Mißbrauch personenbezogener Daten darf nicht verwässert werden. Das Datenschutzgesetz von 1976 muß weiterentwickelt und die Speicherung von Daten auf das Mindestmaß beschränkt werden.

Insbesondere ist die mißbräuchliche Übertragung personenbezogener Daten ins Ausland zu verhindern, und der Schutz personenbezogener Daten muß auch bei der Einführung Neuer Medien (wie Bildschirmtext u. a.) gewährleistet werden. Die unabhängige Stellung des Bundesdatenschutz-Beauftragten darf nicht angetastet werden. Vielmehr sollte seine Unabhängigkeit u. a. durch seine Zuordnung zum Bundestag gestärkt werden. Das Recht auf volle Akteneinsicht der Datenschutzbeauftragten muß erhalten bleiben.

Gerade im Sicherheitsbereich muß sich liberale Datenschutzpolitik bewähren. Sorgfältig ist die Amtshilfe zwischen verschiedenen Behörden wie z. B. zwischen Grenzpolizei und Nachrichtendiensten zu prüfen. Das verfassungsrechtliche Gebot der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten muß strikt beachtet und die Amtshilfe zwischen Polizei und Nachrichtendiensten gesetzlich geregelt werden.

Die mißbräuchliche Verwendung nachrichtendienstlicher Mittel (z. B. „Wanzen“) ist unter Strafe zu stellen. Für die Nachrichtendienste sind rechtsstaatliche Sonderregelungen zu treffen.

3. Nach liberaler Auffassung gehören Extremisten nicht in den Staatsdienst. Dieses Ziel soll aber mit strikt rechtsstaatlichen Mitteln erreicht werden. Die Verfassungstreueprüfung ist in allen Bundesländern nach dem Vorbild der Grundsätze für die Bundesverwaltung zu regeln. Bei der Bewertung eines Verstoßes gegen die Dienstpflichten ist eine Differenzierung nach Funktionen entsprechend dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit anzustreben.

4. Weil die einseitige Rollenverteilung der Geschlechter in unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vielen Frauen die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung immer noch vorenthält, sind Schritte mit Signalwirkung zur Herstellung wirklicher Gleichberechtigung geboten. Deshalb bleibt die F.D.P. bei ihrer Forderung nach einem Gleichberechtigungsgesetz und einer Gleichberechtigungskommission.

Die F.D.P. bewertet die Arbeit von Mann und Frau in der Familie in gleicher Weise wie Berufsarbeit. Beiden Partnern muß die Wahl zwischen Berufstätigkeit oder ausschließlicher Tätigkeit im Haushalt ohne Nachteile und ohne Überforderung ermöglicht und die Verbindung beider Aufgaben erleichtert werden.

*Verfassungstreue-
prüfung liberalisieren*

*Gleichberechtigung
herstellen*

Hausarbeit anerkennen

Deshalb fordert die F.D.P.:

- eine Reform des Rentenrechts, durch die Zeiten der ausschließlichen Kindererziehung in der Rente berücksichtigt werden
- Formen der Teilzeitbeschäftigung und der Arbeitsplatzteilung auszubauen
- ungerechtfertigte Beschäftigungsverbote aufzuheben
- dafür zu sorgen, daß Schutzbestimmungen für Mütter zum Wohl der ungeborenen Kinder nicht zur Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und zu einer besonderen Belastung kleinerer Betriebe führen
- Vätern und Adoptiv-Eltern das Recht auf Elternurlaub einzuräumen.

Fristenregelung beim § 218

Die bei der Reform des § 218 beschlossenen Kostenübernahmeregelungen dürfen nicht eingeschränkt werden.

Die F.D.P. ist der Meinung, daß nach Ablauf eines angemessenen Erfahrungszeitraums mit der heutigen Rechtslage erneut die Fristenregelung angestrebt werden sollte. Anhand der Erfahrungen im In- und Ausland könnte sie ein weiteres Mal verfassungsrechtlich geprüft werden.

Neue Formen des Zusammenlebens anerkennen

5. Die gesellschaftliche Anerkennung neuer Formen des Zusammenlebens ist ein liberales Anliegen. Dazu gehört, daß nicht verheirateten Elternpaaren unter bestimmten Voraussetzungen das gemeinsame Sorgerecht ermöglicht wird.

Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer abschaffen

6. Die F.D.P. tritt für die ersatzlose Streichung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer ein. Angesichts der Verlängerung des Zivildienstes muß auf jedwede mündliche oder schriftliche Gewissensprüfung verzichtet werden.

Diskriminierung beenden

7. Bestehende Diskriminierungen von Minderheiten in unserer Gesellschaft müssen beseitigt werden. Hierzu gehört auch die Aufhebung des § 175 StGB. Der Schutz von Kindern und Abhängigen wird durch bestehende strafrechtliche Bestimmungen garantiert.

Homosexuelle KZ-Opfer sind entsprechend dem Bundesentschädigungsgesetz zu entschädigen.

8. Die Überprüfung der Anti-Terror-Gesetze ist fortzusetzen. Insbesondere muß das Kontaktsperregesetz aufgehoben und das Verbot der Mehrfachverteidigung geändert werden. Der § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) muß überprüft werden.

Anti-Terror-Gesetze überprüfen

9. In der Ausländerpolitik ist notwendig,

Maßnahmen zur Ausländerpolitik

- den Aufenthaltsstatus im Ausländerrecht nach der Dauer des Aufenthaltes zu verfestigen und die Einbürgerung zu erleichtern
- den Anwerbestopp aufrechtzuerhalten und illegale Zuwanderung wirksam zu bekämpfen
- die soziale Eingliederung stärker zu fördern
- Hilfen zur Erleichterung der freiwilligen Rückkehr anzubieten
- den Nachzug der engsten Familienangehörigen nicht weiter zu begrenzen
- das Grundrecht auf politisches Asyl nicht auszuhöhlen; jeder Asylsuchende hat Anspruch auf ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren.
- die ausländischen Mitbürger durch die Bildung von Ausländerbeiräten am politischen Willensbildungsprozeß zu beteiligen.

Außerdem sollen in der Bundesrepublik aufgewachsene Ausländer der zweiten Generation in der Regel mit Erreichung der Volljährigkeit auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

V. Umweltpolitik

Für Liberale hat Umweltschutz Verfassungsrang, er ist im Grundgesetz zu verankern. Von den Freiburger Thesen von 1971 bis zum Ökologischen Aktionsprogramm von 1981, von der ersten umfassenden Umweltgesetzgebung unter Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, über Werner Maihofer bis zu Gerhart Baum, haben die Liberalen die Beseitigung von Umweltschäden, den Umweltschutz und die Umweltvorsorge konsequent ausgebaut. Diesen Weg gilt es unverändert fortzusetzen. Das Ökologische Aktionsprogramm von 1981 ist Punkt für Punkt umzusetzen.

Grundlagen liberaler Umweltpolitik

Umweltschutz und Marktwirtschaft bilden keinen Gegensatz. Ökologie und Ökonomie müssen sich ergänzen. Weder kann Umweltpolitik ohne Rücksicht auf ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen betrieben werden, noch dürfen wirtschaftspolitische Entscheidungen unsere Lebensgrundlagen gefährden.

Umweltschutz und Marktwirtschaft

<i>Verursacherprinzip</i>	Grundlage der Umweltpolitik bleibt das Verursacherprinzip. Dabei muß in geeigneten Fällen zusätzlich zur Begrenzung der Emissionen von dem Instrument der Abgabe (z.B. Schwefelabgabe) für die verursachten Restbelastungen der Umwelt Gebrauch gemacht werden.	Es ist eine EG-Richtlinie zu fordern mit dem Ziel der völligen Bleifreiheit bei Vergaserkraftstoffen. Dies ist die Voraussetzung für die Einführung von Abgaskatalysatoren als dem wirksamsten Mittel zur erheblichen Verminderung des Schadstoffausstoßes bei Kraftfahrzeugen.	<i>Bleifreies Benzin</i>
<i>Internationale Umweltpolitik</i>	Wegen des internationalen Wettbewerbs und der zunehmenden Bedeutung der grenzüberschreitenden Beeinträchtigung der Umwelt muß die Umweltpolitik der Liberalen in der Bundesrepublik, international und vor allem durch die Durchsetzung einer gleich strengen Umweltpolitik in der EG abgestützt und ergänzt werden.	Es ist eine weitere EG-Richtlinie zu fordern, um den Schwefelgehalt im leichten Heizöl auf mindestens die Hälfte der jetzt zulässigen Werte zu reduzieren mit dem Ziel, eine Verringerung der Luftverschmutzung durch Hausbrandanlagen zu erreichen.	<i>Schwefel im Heizöl</i>
<i>Zuständigkeiten bündeln</i>	Zur Durchsetzung ihrer umweltpolitischen Ziele fordern die Liberalen eine stärkere Bündelung der Umweltzuständigkeiten in einem Ministerium. Folgende Sofortmaßnahmen sind erforderlich:	Die Reinhaltung der Luft muß großflächig auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland verbessert werden. Insbesondere die Bekämpfung des sauren Regens erfordert entsprechende Gesetze der Nachbarländer der Bundesrepublik. Die F.D.P. wird sich hierfür einsetzen.	<i>Luftverschmutzung grenzübergreifend bekämpfen</i>
<i>Luftreinhaltung</i>	1. Zur Verbesserung der Luftqualität fordert die F.D.P. härtere Bestimmungen. Ein Sofortprogramm zur Bekämpfung des Waldsterbens ist unverzüglich durchzusetzen. In einer bis Februar 1983 zu erlassenden Großfeuerungsanlagenverordnung sind Emissionen von Schwefeldioxid für alle Anlagen (auch Altanlagen) auf den Richtwert von 400 mg/cbm zu begrenzen. Außerdem ist sicherzustellen, daß die technischen Möglichkeiten der Entschwefelungsanlage voll ausgeschöpft werden. Verschärfte Anforderung sind bei Stickoxiden, Schwermetallen und anderen gefährlichen Stäuben zu stellen. Der Grenzwert der Großfeuerungsanlagenverordnung ist längerfristig jeweils entsprechend dem neuesten Stand der Technik weiter abzusenken. Mit Vorrang ist die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft vor allem in Bezug auf Emissionswerte für Anlagen, unverzüglich dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik anzupassen.	Bei der Agrarproduktion muß die Umweltverträglichkeit noch stärker als bisher berücksichtigt werden. Der Schutz des Bodens vor schädlichen Stoffen ist zu verstärken. Entsprechende Maßnahmen sind in einem Bodenschutzprogramm zu entwickeln.	<i>Schutz des Bodens</i>
<i>Krebserregende Stoffe und Schwermetalle</i>	Für krebserregende Stoffe sind Emissionsgrenzwerte festzustellen. Bei der Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Schwermetalle ist die Belastung über die Nahrungs- und Futtermittelkette zu berücksichtigen. Die Meß- und Beurteilungsverfahren sind wirklichkeitsnäher zu verfeinern.	2. Umweltschutz muß bei allen fachpolitischen Planungsentscheidungen berücksichtigt werden. Dabei muß eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für öffentliche und private Vorhaben garantiert werden. Unverzichtbarer Bestandteil der Umweltverträglichkeitsprüfung muß die Beteiligung der Öffentlichkeit durch umfassende Information sein.	<i>Umweltverträglichkeitsprüfung</i>
<i>Kfz-Abgase</i>	Der Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge ist weiter zu reduzieren. Die Herabsetzung der Grenzwerte ist international durchzusetzen. Maßstab dafür sind die 1981 in Brüssel vorgelegten deutschen Vorschläge.	3. Neue Siedlungen dürfen keine ökologisch wertvollen Landflächen verbrauchen. Schließung von Baulücken, Sanierung von Altbauten und verdichtete Wohnformen für Bauherrengruppen sind geeignete Mittel, den Landverbrauch möglichst gering zu halten. Dazu gehören Verkehrslärmregelungen, zunächst wenigstens für neue Verkehrswege und neue Grenzwerte für Kraftfahrzeuge und Motorräder. In Ballungsgebieten hat der öffentliche Nahverkehr Vorrang vor dem Individualverkehr. Der Fernstraßenbau muß sich darauf konzentrieren, die bereits vorhandenen oder im Bau befindlichen Strecken zu verbessern bzw. zu komplettieren. Eine weitere Versiegelung der Oberfläche durch Betonierung mit den nachteiligen Folgen für das Grund-	<i>Landverbrauch</i> <i>Verkehrslärm</i> <i>Autobahnen</i>

wasser muß verhindert werden. Die F.D.P. widersetzt sich dem Plan, zusätzliche Autobahnen von 3000 km Länge zu bauen. Auch sollten generell keine neuen Bergbahnen und Skilifte mehr zugelassen werden.

sehbar sind, fordern wir die strikte Anwendung des Umwelt-Chemikaliengesetzes.

Gewässer

4. Die Reinhaltung der Gewässer muß stärker als bisher international gefördert werden. Als durchgreifende internationale und nationale Maßnahmen werden gefordert:

- die Sanierung aller Binnengewässer
- ein verbesserter Grundwasserschutz mit dem Ziel, die Belastung durch Nitrate, Schwermetalle und Pflanzenschutzmittel zurückzudrängen
- die Verminderung des Eintrags aller Schadstoffe in die Gewässer
- eine Beendigung der Verklappung von schädlichen Abfällen auf See
- ein Aktionsprogramm gegen die Verschmutzung der Nord- und Ostsee und Maßnahmen zur Vorbeugung von Ölfällen
- eine Nordseekonferenz aller Anliegerstaaten mit dem Ziel, vor allem die Belastung der Verschmutzung vom Lande aus zu reduzieren.

Energie

8. Mit der vorhandenen Energie ist sparsamer umzugehen. Sie ist rationeller zu nutzen. Die Weiterentwicklung und Markteinführung regenerativer Energietechnologien sind weiter zu fördern. Die Anwendung der Kraft-Wärme-Koppelung und der Ausbau der Fernwärmenetze sind konsequent voranzutreiben.

Dabei muß auch das Potential der Industrie als Anbieter und Abnehmer von Energie möglichst optimal genutzt werden. Der erforderliche Energieverbund darf nicht durch Monopolstellungen öffentlicher Versorgungsunternehmen behindert werden. Mögliche Einsparungen an Energie und damit Entlastungen der Umwelt müssen auch realisiert werden können. Dies muß bei einer Überprüfung des Energiewirtschaftsrechts berücksichtigt werden.

Abfall

5. Ein Maßnahmenbündel wird zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen gefordert:

- die Verringerung der Abfallaufkommen aus Verpackungen, möglichst auf dem Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Industrie. Alternativ dazu soll von den gesetzlichen Möglichkeiten zur Beschränkung von Einwegverpackungen Gebrauch gemacht werden
- Einführung eines Verwertungsgebotes für Abfälle (Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes)
- Regelungen zur Ein- und Ausfuhr und zum Transit von Sonderabfällen.

9. Weitere Nutzung der Kernenergie ist nur zu verantworten, wenn eine ausreichende Entsorgung gewährleistet ist.

Kernenergie

10. Natur- und Landschaftsschutz brauchen eine echte Chance gegenüber gesellschaftlichen und ökonomischen Interessen.

Natur- und Landschaftsschutz

Dieses gilt insbesondere bei Großprojekten wie dem Rhein-Main-Donau-Kanal. Dieser Kanalbau ist sowohl unter ökonomischen als auch unter ökologischen Gesichtspunkten unvertretbar. Insbesondere fordert die F.D.P. den geplanten Ausbau von Main und Donau zu unterlassen.

Rhein-Main-Donau-Kanal

Die Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz ist zu revidieren. Das Pflanzenschutzgesetz ist umfassend zu novellieren.

Lebens- und Futtermittel

6. Die Überwachung von Lebens- und Futtermitteln ist zu verstärken. Insbesondere müssen importierte Lebens- und Futtermittel gleich strengen Anforderungen unterworfen werden, wie inländische Produkte. Hierdurch dürfen allerdings keine neuen Handelshemmnisse entstehen.

11. Für Liberale ist Mitwirkung des Bürgers in allen Fragen des Umweltschutzes und der Umweltplanung selbstverständlich. Wir fordern unverändert die Einführung der Verbandsklage im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege zur verbesserten Kontrolle von behördlichen Entscheidungen. Eine entsprechende Novellierung ist vom Bundeskabinett zu verabschieden.

Verbandsklage

Chemikalien

7. Weil die Gefahren, die von Chemikalien für unsere Umwelt ausgehen können, in ihren kurz- und langfristigen Folgen unab-

12. Wir halten es für erforderlich, Investitionsförderungen teilweise zweckgebunden für Investitionen zum Schutze der Umwelt zu gewähren.

Umweltinvestitionen fördern

VI. Weitere Aufgaben der Zukunft

*Arbeitsmarkt der
80er Jahre*

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung und Entwicklung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft und die Erhaltung unseres sozialen Systems erfordern eine längerfristige Perspektive. Für die 80er Jahre müssen wir aus heutiger Sicht mit geringen Wachstumsraten rechnen, gleichzeitig steigt die Zahl der arbeitssuchenden Menschen. Besondere Sorge bereitet die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Strukturwandel und technischer Fortschritt stellen neue Ansprüche an Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Nicht nur kurzfristig, auch mittelfristig sind die Perspektiven für den Arbeitsmarkt nicht gut.

Die sehr unterschiedlichen Lösungsvorschläge deuten auf tiefe Verunsicherung. Hieraus droht ein allgemeines Klima des Mißtrauens und der Hoffnungslosigkeit. Es muß deshalb gelingen, Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die über den Ausgleich der öffentlichen Haushalte, den Abbau der öffentlichen Verschuldung, Arbeitsplatzprogramme, Investitionsanreize und Senkung von Sozialausgaben hinausreichen.

Es müssen neue Ansätze für eine Bestimmung der Aufgaben des Staates, der Bedeutung der großen gesellschaftlichen Organisationen und der Verantwortung des einzelnen in einem umfassenden Konzept gesucht werden. Über die Formen und Bedeutung von Arbeit im menschlichen Leben muß neu nachgedacht werden. Hierzu gehört auch die Diskussion über Wachstum, das ökonomische und ökologische Ziele vereint.

*Liberale vertrauen auf
den Menschen*

Liberale sind nicht auf Ideologien festgelegt.

Sie beziehen auch ungewöhnliche Ansätze in ihre Überlegungen mit ein, sie wollen ein Höchstmaß an Vielfalt und individueller Gestaltungsmöglichkeit des Lebens sicherstellen. Nur eine freie Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung läßt menschliche Kreativität zur Entfaltung kommen und nur sie setzt die Kräfte frei, die zur Bewältigung der strukturellen Anpassungen dringend erforderlich sind. Die Liberalen wollen Verantwortungsbereitschaft und Leistungswillen wiederbeleben, sie wollen den Mut zum Risiko freisetzen, weil sie da, wo andere an Bürokratie und an die Wirksamkeit von Organisationen und Systemen glauben, auf die Menschen setzen und ihnen vertrauen.

Liberale Politik für die Zukunft beruht auf dem Bekenntnis zur Selbstverantwortung des einzelnen, auf Stärkung der persön-

lichen Mitwirkungsrechte, auf Autonomie und Dezentralität, auf Selbstverwaltung und Föderalismus.

Die F.D.P. gibt nicht vor, für alle Probleme fertige Patentlösungen zu haben. Wer jedoch den Bürger vom passiven Konsumenten staatlichen Handelns zum aktiven Bürger machen möchte, muß die Probleme aufgreifen.

Nur durch liberale Perspektiven kann es gelingen, die pessimistischen Zukunftseinschätzungen zu überwinden und die Dynamik einer offenen Gesellschaft freizusetzen, die für die Lösung der großen Zukunftsaufgaben notwendig ist.

Die F.D.P. betrachtet es deshalb als ihre Aufgabe, Konzepte zu entwickeln und mit den Bürgern zu diskutieren, die das Selbstvertrauen der Bürger stärken und ihnen Zukunftschancen eröffnen. Dazu gehören:

1. Die Rolle des Staates ist konsequent auf diejenigen Aufgaben zu beschränken, die in einem modernen, arbeitsteiligen Gemeinwesen nur von öffentlichen Institutionen erfüllt werden können. Soweit möglich sind heute vom Staat wahrgenommene Aufgaben auf dezentrale, demokratische und in Selbstverantwortung organisierte Institutionen oder die private Wirtschaft zu übertragen.

2. Neue, oft genossenschaftliche Unternehmensformen und alternative Produktionsverfahren, die selbstbestimmte und selbstverantwortete Arbeit ermöglichen sollen, entsprechen durchaus liberalen Vorstellungen.

Die politischen Instanzen müssen solchen Bemühungen deshalb offen gegenüberstehen und sie nicht durch ungerechtfertigte Reglementierungen oder gar Schikanen behindern. Sie sollen nicht schlechter und nicht besser behandelt werden als andere und sie müssen sich dem Wettbewerb mit unseren Klein- und Mittelbetrieben stellen. Auch die verschiedenen Selbsthilfegruppen von und für Arbeitslose verdienen Sympathie und Förderung.

3. Die Kontroll- und Gestaltungsbefugnisse der Parlamente gegenüber einer allmächtigen Exekutive müssen gestärkt werden. Vor allem müssen sich die Parlamente wieder stärker als Instanz zur Kontrolle der Staatsausgaben und als Anwalt des steuerzahlenden Bürgers verstehen.

Keine Patentlösungen

Rolle des Staates

*Neue Unternehmens-
formen*

Parlamente

<i>Mitwirkung</i>	<p>4. Demokratische Entscheidungsprozesse sind durch Mitwirkungsrechte der Bürger auszubauen. Dabei ist zu beachten, daß Mitwirkung nicht zu einer Staatsverdrossenheit provozierenden Bürokratie wird.</p>
<i>Neue Medien</i>	<p>5. Bürger können ihre Rechte nur wahrnehmen, wenn sie über die notwendigen Informationen verfügen; die Erhaltung und Weiterentwicklung vielfältiger Medien hat für Liberale deshalb große Bedeutung. Die besonderen Chancen, welche Neue Medientechniken für eine offene Gesellschaft bieten, sind konsequent zu nutzen. Eine Vielfalt des Zugangs zu diesen Techniken und ein Wettbewerb in ihrer Nutzung muß dabei gewährleistet werden.</p> <p>Die Auswirkung solcher Techniken auf Arbeitsplätze, gesellschaftliches Verhalten und Datenschutz müssen der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht und Nachteile verringert werden.</p>
<i>Mündige Bürger</i>	<p>6. Der zunehmenden Unfähigkeit, Konflikte offen und tolerant auszutragen, wie sie in der immer häufigeren Inanspruchnahme der Justiz und im Abschieben politischer Entscheidungen auf Wissenschaft und Gerichte sichtbar wird, muß entgegengetreten werden. Es geht aber auch darum, das Individuum vor Übergriffen des Staates zu schützen. Nur so kann der mündige Bürger sich frei entfalten.</p>
<i>Demokratie</i>	<p>7. Die demokratische Willensbildung in gesellschaftlichen Großorganisationen ist auszubauen.</p>
<i>Jugend frei entfalten</i>	<p>8. Die F.D.P. fordert eine Jugendpolitik, die Vertrauen, Motivation und Engagement fördert, Angst überwinden hilft und Freiräume für junge Menschen schafft.</p> <p>Die F.D.P. will Kindern und Jugendlichen den ihnen gemäßen Lebensraum sichern. Dabei sollen die Jugendlichen durch vielfältige Formen der Selbstorganisation und Eigeninitiative mitwirken. Die Entwicklung zum mündigen Staatsbürger setzt voraus, daß Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig als selbständige Persönlichkeiten anerkannt werden. Sie sind ebenso wie die Erwachsenen Träger von Grundrechten. Zur Selbständigkeit gehört auch, mit Pflichten betraut und gefordert zu werden.</p> <p>Die F.D.P. will die Rechte von Schüler- und Studentenvertretungen stärken und setzt sich für eine freie, unzensurierte Jugendpresse</p>

ein. Sie befürwortet eine stärkere Förderung der politischen Jugendkultur.

9. Die Zukunft unserer Gesellschaft, auch die wirtschaftliche Zukunft, liegt in der Fähigkeit, die Qualität von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung erheblich zu steigern. Finanzielle Aufwendungen in diesem Sektor sind langfristig rentable Investitionen.

Bildung und Beschäftigung

Daher kann und muß die Bildungs- und Wissenschaftspolitik auch in den achtziger Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme leisten, vor allem durch eine inhaltliche Verbesserung der Ausbildung und durch Nutzung aller Ausbildungskapazitäten in Schulen, Berufsschulen, Betrieben und Hochschulen.

Bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung muß die erreichte Öffnung des Bildungswesens – auch unter sozialen Gesichtspunkten – beibehalten werden, weil ein Rückschritt nicht nur bildungs- und sozialpolitisch unerträglich wäre, sondern zugleich auch den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten würde.

Die Finanzierung unseres Hochschulsystems bedarf einer grundsätzlichen Überprüfung mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre durch Stärkung der Eigenverantwortlichkeit, des Wettbewerbsgedankens und der Transparenz ihrer Leistungen zu erhöhen. Hierbei ist auch zu prüfen, ob langfristig tragfähige neue Formen der Finanzierung der Leistungen der Hochschulen durch den Staat und die Erweiterung der Möglichkeiten eigener Einnahmen diese Ziele fördern können.

Hochschulen finanzieren

Die individuelle Ausbildungsförderung für Schüler, Berufsschüler und Studenten ist in ihrer Substanz zu sichern. Auch künftig müssen Bildungschancen nach Eignung und Leistung der jungen Menschen und nicht nach der finanziellen Situation ihrer Eltern verteilt werden. Aus diesem Grund wird die F.D.P. erneut darauf hinwirken, daß eine Neuregelung des Schüler-Bafög nicht zu einer Beeinträchtigung der Chancengleichheit führt. Die Ausbildungsförderung ist in einem Gesamtkonzept unter Berücksichtigung des Familienlastenausgleichs umgehend neu zu ordnen. Mißbrauchstatbestände müssen dabei ausgeschlossen werden.

Ausbildungsförderung sichern und neu ordnen

Der Gedanke der Selbstvorsorge ist auch durch Einbeziehung des Bildungssparens in die staatliche Förderung zu stärken.

Vorsorge durch Bildungssparen

Die F.D.P. bekennt sich zu einer gesamtstaatlich verantworteten Bildungspolitik. Sie fordert eine Neuordnung der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern.

Dem Bund sollte die Gesetzgebungszuständigkeit für die folgenden bundeseinheitlich zu gestaltenden Fragen übertragen werden:

- für die Regelung der Dauer der Bildungspflicht,
- für die Regelung der Übergänge und Abschlüsse im Bildungswesen,
- für die berufliche Bildung,
- bei der Lehrerausbildung und der Anerkennung der Abschlüsse.

Mit dem Ziele der Entbürokratisierung ist den Bildungseinrichtungen, wie Schulen und Hochschulen, mehr Eigenverantwortlichkeit zu übertragen.

Insgesamt ist unter Verzicht auf staatliche Reglementierungen eine verbesserte Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen, insbesondere in der Berufsbildung, und eine bessere Information über die Arbeits- und Berufswelt in den allgemeinbildenden Schulen anzustreben.

10. Die F.D.P. hat dem Sport schon immer einen hohen Rang eingeräumt; er entspricht der großen Bedeutung des Sports für die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Liberaler Grundsatz ist dabei, daß der Sport seine Aufgaben in unserer Gesellschaft in eigener Verantwortung und freier Entscheidung erfüllen muß.

Auf der Grundlage dieser Wahlaussage gehen die Freien Demokraten in den Wahlkampf. Sie stellen sich mit ihrer Politik am 6. März 1983 der Entscheidung der Wähler. Die F.D.P. ist entschlossen, auch in Zukunft ihre Politik der liberalen Vernunft gegen die drohende Konfrontation und Erstarrung des politischen Lebens zwischen einem rot-grünen und schwarzen Machtblock zu setzen. Je besser die F.D.P. bei den Wahlen abschneidet, desto mehr wird sie an liberaler Politik in der nächsten Legislaturperiode durchsetzen können.